

Kalenderjahres 1922 auf die Einkommensteuer für dieses Jahr angerechnet.

(Ueberfüllung der akademischen Berufe.) Die Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft, die ihren Sitz in Dresden hat, richtet einen bemerkenswerten Aufruf an die Abiturienten der höheren Schulen, nicht das Hochschulstudium zu ergreifen. Unser Volk habe für eine breite Schicht geistiger Arbeiter nicht mehr Brot genug. Der Staat fange an, die höheren Beamtenstellen zu vermindern. Auf diejenigen Berufe, die heute noch gewisse Aussichten bieten, stürze sich die Masse der jungen Studierenden. Trotdem ist in den meisten akademischen Berufen eine vollkommene Ueberfüllung zu verzeichnen. Die Kosten des akademischen Studiums sind gewaltig gestiegen. Selbst für das billigste Studium müssen nach den heutigen Verhältnissen 35 000 bis 40 000 Mk. gerechnet werden. Das medizinische Studium dürfte unter 100 000 Mk. kaum noch durchzuführen sein. Der Aufruf wendet sich dann an die Schüler der höheren Lehranstalten und fordert sie auf, in die praktischen, handarbeitenden Berufe hineinzugehen. Wer eine ganz besondere Begabung für wissenschaftliche Arbeit hat, möge dann später Werkstudent werden, damit er sich in den Ferien nebenbei Verdienstmöglichkeiten schaffen kann.

(Dhorm. (Bühnenturnen.) Wie im Inseratenteil ersichtlich, findet Sonntag, den 26. März ein vom Turnverein zu Dhorm veranstaltetes Bühnenturnen statt. Dieses Bühnenturnen soll zugleich Werbeturnen sein, weshalb der Eintrittspreis äußerst niedrig bemessen ist. Das Programm ist reichhaltig und unterhaltend und wird hoffentlich der Abend dazu beitragen, daß sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn bricht, daß jeder eine Leibesübung betreiben muß, wenn er gesund bleiben will. Der Reingewinn des Abends soll zum Ausbau des Turn- und Spielplatzes Verwendung finden und schon des guten Zweckes wegen ist dem Verein ein voller Saal zu wünschen.

(Oberlichtenau. (Altershilfe.) Die erfreuliche Summe von 5865 Mk. brachte die Gemeindefammlung zu Gunsten der „Altershilfe des deutschen Volkes“. Allen Spendern hiermit den herzlichsten Dank. Anerkennung und Dank den Betriebsammlern, auch unserm Damenchor, welcher sich bereitwillig erbot, die Hausammlungen vorzunehmen und zur großen Freude durchzuführen.

(Lichtenberg. (Konzert.) Am letzten Sonntag fand im Obergasthof ein Konzert des Männer-Gesangsvereins „Altershilfe“ statt. Die Vortragsfolge war eine reichhaltige. Lieder für Männerchor, gemischten Chor, einige Quartette und Couplets erfreuten die Zuhörer. Zumeist waren es Volkslieder, die dar- geboten wurden. Recht nett wirkten vor allem das Lang- liedchen „Mädel, sink auf zum Tanz“ von Nagler und „Pappelmäulchen“ von Wohlgenut. Herr Liedermelster Lauterbach hatte seinen Chor von 40 Sängerinnen und Sängern fest in der Hand, und sein ruhiges Faktieren wirkte wohltuend. Leider wurde den tapfern Sängern das Singen dadurch erschwert, daß die Bitte, vor und während des Konzerts nicht zu rauchen, nicht befolgt wurde. Da der Reingewinn dem hiesigen Glodenfond überwiesen wird, so ist eine günstige Einnahme zu hoffen gewesen.

(A. H. Baugen. (Eine Versammlung Oberlau- fitzer Gärtner.) Die sich mit der immer schärfer in Erscheinung tretenden Notlage der Erwerbsgärtnerien beschäftigte, fand am Sonntag unter Leitung des Gärtner- bezirkers Pölsche, Vorsitzender der Gartenbau- Gesellschaft von Baugen und Umg. statt. Es wurde dabei festgestellt, daß kaum eine andere Erwerbsgruppe im deutschen Wirt- schaftslieben sich in so verarmelter Lage befindet wie die Gärtner. Schon lange decken die Verkaufspreise nicht mehr die Herstellungskosten. Dazu kommt die Steigerung der Kosten für Neuanlagen und der Tariflöhne, für Sämereien, Dünger usw. Das Ergebnis der Tagung wurde in folgender Entschließung zusammengefaßt: „Die am Son- tag in Baugen versammelten erwerbstreibenden Gärtner er- blicken in der bestehenden Gewerbesteuer und dem dadurch gefährdeten Pflanzertum eine schwere Gefährdung ihrer Existenz. Die den Erwerbsgärtnern drohende weitere Be- lastung muß dazu führen, daß der bisher in der Welt hoch- geschätzte deutsche Gartenbau unwirtschaftlich dem Untergange geweiht ist, wenn nicht seitens der Regierung Maßnahmen ergriffen werden, die dem die Erwerbsgärtnerie schwer- schädigenden Pflanzertum ein Ende bereiten. Die Versam- lung richtet daher an die gesetzgebenden Stellen die dringende Bitte, ein Gesetz zu erlassen, durch welches der gelehrte erwerbstreibende Gärtner vor dem Pflanzertum geschützt wird. Es drücker die Regierung nicht unbekannt sein, daß in den Gärtnerberuf alle möglichen Existenzen eingreifen, denen ihre Wertigkeit hinreichend Lohn und Brot gewährt.“ Gleich- zeitig wurden Resolutionen für den Pflanzenverkauf im Früh- jahr 1922 aufgestellt, um eine Uebersteuerung des Publikums durch den Zwischenhandel zu verhindern.

Die neue Kirchengemeindeordnung.

Zur Kirchengemeindevorstandswahl der Pulsitzer Parochie am 26. März 1922

Mit dem 1. April dieses Jahres werden in ganz Sachsen die bisherigen Kirchenvorstände aufgelöst, und eine neue Kirchengemeindeordnung tritt in Kraft. Warum auch auf kirchlichem Gebiet eine Neuordnung? Nicht in erster Linie um dem Zuge der Zeit zu folgen, sondern um auch durch die neuere geistliche Äußerung einer wirkungsvolleren Entfaltung christlichen Lebens die Bahn zu ebnen. Der inzwischen schon bekannt gewordene § 1 der neuen Kirchengemeindeordnung vom 2. März 1921 kennzeichnet die Auf- gaben der Kirchengemeinde ebenso stark nach der Seite des Gottesdienstes wie nach der Seite unmittelbar praktischer christlich-sozialer Arbeit. So steht z. B. in diesem § 1: „Die Kirchengemeinde soll allem unchristlichen Leben entgegenwirken.“ Ist bisher die Kirchengemeinde im Sinne dieser Forderung schon irgendwie das öffentliche Gewissen gewesen, das sich nicht auf Worte beschränkte, sondern auch zur Tat überging? Auch wer gereift urteilt und manche kirchliche Auswirkung überdenkt, die sich statisch nicht lassen läßt, muß doch sagen, daß hier bisher nur bescheidene An- fänge erzielt worden sind. Die breitere Grundlage der neuen Kirchengemeindeordnung will hier vorwärts helfen.

Um die Mitglieder der gesamten Kirchengemeinde zur verständnisvollen Erfassung und Erfüllung ihrer Aufgaben

anzuleiten, sind die in der Wählerliste Eingetragenen zu Kirchengemeindevorstandswahlen zusammenzufassen. Zur Teilnahme sind alle in die Wählerliste aufgenommenen Gemeindeglieder berechtigt und verpflichtet. Andere Kirchengemeindeglieder sind als Zuhörer zugelassen. Wenigstens einmal im Jahre hat eine beratende Kirchengemeindevorstandswahl mit Eröffnung durch gottesdienstliche Feier stattzufinden, damit ein Jahresbericht über das Gemeindeleben und über die Tätigkeit der Kirchengemeindevorstandswahl und des Kirchen- vorstandes bei freier Aussprache entgegen genommen werden kann. Wieviel Segen kann von hier bei ruhigem, allseitigen Meinungsaustausch ausgehen! Volklich fehlt uns beratendes durchaus und wir hätten es auf politischem Gebiet genau so bitter nötig wie auf kirchlichem! — In allen Kirchengemeinden von mehr als 2000 Seelen ruht die eigentliche Leitung und Verwaltung der Kirchengemeinde auf der aus ihrer Mitte ge- wählten Kirchengemeindevorstandswahl. Bei einer Ge- meinde wie Pulsitz, deren Seelenzahl zwischen 10 000 und 15 000 schwankt, hat die Zahl der Kirchengemeindevor- standswahlmitglieder mindestens 25, höchstens 30 zu betragen. Durch Ortsgesetz ist für die Pulsitzer Kirchengemeinde die zulässige Höchstzahl festgesetzt. In den 30 Kirchengemeindevorstandswahl- mitgliedern sind drei Geistlichen und sieben berufene Vertreter, von denen sechs zuvor von einzelnen Gruppen vorzuschlagen oder zu präsentieren sind. Das Recht der Präsentation haben die Frauenvereine in ihrer Gesamtheit, die Religionsunterricht erteilenden Lehrer, die Vertretung der Stadt Pulsitz, die übrigen Kirchengemeindevorstandswahlmitglieder in ihrer Gesamtheit. Von den 27 weltlichen Kirchengemeindevor- standswahlmitgliedern entfallen auf die Stadt Pulsitz 9, auf die Metzger Seite und Dhorm je 5, auf Ober- und Niederleina je 3, auf Friedersdorf 2. Diese Zahl wählt die einzelne Gemeinde, jedoch unter Abzug der aus den einzelnen Gemeinden etwa berechneten weltlichen Vertreter, damit jeder Parochialteil immer entsprechend seiner Seelenzahl gerecht vertreten ist. Die Einführung der Berufung gibt die Gewähr, daß möglichst alle Kreise vertreten sind und die Zusammensetzung der Kirchengemeindevorstandswahl alle die Kräfte aufweist, die für ein ge- deihliches Arbeiten nötig sind. Nicht Parteitung, sondern wirkungsvoller Zusammenschluß ist der Grundgedanke. Die Kirchengemeindevorstandswahl wählt aus sich heraus als ihren Arbeitsausschuß den Kirchenvorstand, dessen Zusammen- setzung auch wieder ortsgesetzlich geregelt ist. Er wird die laufenden Arbeiten zu erledigen haben, während die letzte Entscheidung immer der breiten Kirchengemeindevorstandswahl zufällt. Wählbar für die kirchliche Korporation sind nur kon- firmierte männliche und weibliche Glieder der Kirchengemeinde von gutem Rufe, beachtetem christlichen Sinne, kirchlicher Einigkeit und Erfahrung, die das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Die neue Kirchengemeindeordnung ruht im besten Sinne des Wortes auf demokratischer Grundlage. Wer ernstlich mitmachen und raten will, hat freieste Möglichkeit. Viele werden stumpf bleiben, andere nörgeln und misstrauen, die aber das Herz auf dem richtigen Fleck haben, werden den guten Willen sehen, der das Neue auf kirchlichem Gebiet ge- schaffen hat, und werden selbst guten Willens mitarbeiten. Und sie allein kommt es im öffentlichen Leben an, selbst wenn sie klein an Zahl sind. Mögen sie am 26. März 1922 in den Grenzen der Kirchengemeinde Pulsitz gewählt werden!

Politische Rundschau.

Berlin, 21. März. (Neue Steuerkompromiß- Schwierigkeiten?) Wie bereits mitgeteilt, wird Dr. Rathenau in der morgigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eine Erklärung über das Bemühen, die Ad- kommen abgeben. In parlamentarischen Kreisen legt man dieser Sitzung außerordentliche Bedeutung bei, da man be- fürchtet, daß die Deutsche Volkspartei ihre Programmforderung, bedeutsame Verträge nicht ohne Zustimmung des Reichstages abzuschließen, aufrecht erhält und daß bei einer die Deutsche Volkspartei nicht betriebligenden Erklärung Rathenau neue Komplikationen für das Zustandekommen des Steuerkompromisses entstehen.

Berlin, 22. März. (Die Maßregelungen der Eisenbahnbeamten.) Nach einer Mitteilung, die der Reichsverkehrsminister Gröner in der heutigen Sitzung des Reichstages dem Ausschusse machte, sind wegen der Beteil- gung am letzten Eisenbahnstreik rund 360 Disziplinarver- fahren anhängig gemacht und 120 bis jetzt eingestellt worden. Von Kündigungen bei kündbaren Beamten sind insgesamt 23 aufrecht erhalten worden.

Berlin, 22. März. (Ablehnende Haltung der deutschen Regierung.) Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite erfährt, entspricht der noch nicht vorliegende Wortlaut der Reparationsnote im wesentlichen den schon veröffent- lichten Inhaltsangaben. In Regierungskreisen wird erklärt, daß, falls der Wortlaut der Note im wesentlichen sich mit dem bereits bekannten Inhalt deckt, einer Reihe von Forderungen der Entente seitens der deutschen Regierung nur ein glattes „Nein“ entgegen- gesetzt werden kann. Mit dieser Auffassung wird auch die Sozial- demokratie hinter dem Kabinet stehen. Am Sonnabend wird die Regierung wahrscheinlich eine Erklärung zu der Note der Repara- tionskommission abgeben.

Berlin, 23. März. (Abschluß der Ernährungs- Konferenz der Länder.) Nach zweitägigen Beratungen unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Huber wurde am Mittwoch die Ernährungs-Konferenz der deutschen Einzelstaaten geschlossen. Die Konferenz befahte sich hauptsächlich mit der Getreidefrage. Es stand im Vordergrund, ob die Zwangsumlage beibehalten werden soll oder nicht. Das Reichsministerium selbst enthielt sich jeder Stellungnahme. Man gelangte zu einem übereinstimmenden Beschlusse der Länder, die sich für die Zwangsumlage aussprechen. Nur Bayern hat sich seine Stellungnahme noch vorbehalten.

Berlin, 23. März. (Der Wortlaut der Repara- tionsnote.) Der jetzt vorliegende Wortlaut der Reparations- note entspricht im wesentlichen den schon veröffentlichten Inhalts- angaben. Der Schluß beschäftigt sich vor allem mit den Ueber- wachungsmaßnahmen und denen zur Herabsetzung der Ausgaben. Schließlich sind folgende befristete Forderungen gestellt: 1. Die deutsche Regierung soll vor dem 30. April 1922 den Entwurf für die Ausgabe ihrer inneren Anleihen in anderer Form als den von der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen und in einem Be- trage aufstellen, welcher genügt, um den Fehlbetrag des Haushalts bis zu dem Augenblicke etwa gegenüber zu stellen, in welchem der Haushalt mit Hilfe des Ertrags der Steuern ins Gleichgewicht ge- bracht werden kann. 2. Die deutsche Regierung hat der Repara- tionskommission bis zum 3. April 1922 das Programm von Maß- nahmen vorzulegen, welche dazu bestimmt sind, der misbräuchlichen Ausfuhr von Kapital ein Ende zu machen. 3. Die deutsche Re- gierung wird die notwendigen Maßnahmen, um die volle Unab- hängigkeit der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung zur Befriedigung der Reparation sicherzustellen, rechtzeitig treffen, damit sie vor dem 31. Mai in Kraft treten können. 4. Die deutsche Re- gierung wird vor dem 31. Mai in der gleichen Form und in den gleichen Fristen wie vor dem Kriege die Feststellung und Veröffent- lichung der wirtschaftlichen und finanziellen Statistiken wieder auf- nehmen. Sie wird in den Fristen, welche ihr von der Reparations- kommission in jedem einzelnen Falle mitgeteilt werden, jede neue

Statistik oder jede neue Form der Ausarbeitung von vor dem Kriege bestehenden Statistiken schaffen, welche die Reparationskommission zwecks Ausführung des Vertrages und insbesondere der gegenwärtigen Bestimmungen für nützlich erachten sollte.

(Schnellste Erledigung der Steuervor- lagen.) Der Reichstag soll nicht nur vor Ostern, sondern auch noch in dieser Woche große Arbeiten vollbringen, denn man hält es in den Regierungskreisen für dringend notwendig, daß die neuen Steueretze, nachdem deren allgemeine Beratung bereits am letzten Sonnabend beendet worden ist, nunmehr auch rasch in zweiter und dritter Beratung fertig gestellt werden. Deshalb hat der Vizepräsident des Reichstages nach einer Be- sprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes beschlossen, daß der Reichstag alle Anstrengungen machen soll, noch in dieser Woche alle Steuervorlagen zu erledigen. Wenn dies in den Tagessitzungen des Reichstages nicht möglich sein sollte, dann sollen auch noch Abenditzungen stattfinden. Um in dieser Hin- sicht bis zum Freitag oder Sonnabend zu dem gewünschten Ziele zu gelangen, haben die Steuerauschnitte des Reichstages schon seit Montag ihre Arbeiten begonnen. Die rasche Erledigung der Steuervorlagen muß auch hauptsächlich deshalb durchgesetzt werden, damit in der Zeit bis in die Osterferien des Reichstages auch der Reichshaushalt durchberaten werden kann. An erster Stelle wurde in zweiter Beratung das Vermögenssteuergesetz vom Reichstage erledigt. Der Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei Dr. Helfferich kritisierte dabei wieder scharf die Art und Weise, wie das Steuerkompromiß zustande gekommen sei. Dr. Helfferich gab aber zu, daß die Richtlinien der Deutschen Volkspartei sehr gut seien, aber es sei noch daran zu zweifeln, ob sie bei der neuen Steueretzgebung auch wirklich durch- geführt werden würden. Auch will die Deutsche Nationalen Volks- partei die Zwangsumlage unter keinen Umständen bewilligen. Die bekannten Angriffe auf die Steuervorlagen wurden dann auch bei der zweiten Beratung von den Unabhängigen Sozial- demokraten und von den Kommunisten unternommen und hörte man aus ihrem Munde nichts Neues. Es zeigte sich aber wiederum deutlich, daß die Kompromißparteien das Schicksal der Steuervorlagen fest in den Händen haben, und daß deshalb die Steuervorlagen wohl auch in wenigen Tagen erledigt sein werden.

(Lloyd George und die Konferenz von Genua.) An dem Rücktritte des Ministerpräsidenten Lloyd George zweifelt in England wohl niemand mehr, denn jeder Abgeordnete des englischen Parlamentes hat erkannt, daß die Koalition der Liberalen und Konservativen, auf die sich der Ministerpräsident Lloyd George mit seiner Regierung stützte, jetzt nichts mehr wert ist, denn die Konservativen haben dem Ministerpräsidenten Lloyd George das Vertrauen gekündigt. Der praktische Sinn der englischen Politiker will aber auch wegen der Notwendigkeit des Regierungswechsels die Konferenz von Genua nicht scheitern lassen, und deshalb soll Lloyd George erst nach der Konferenz von Genua zurücktreten. Tatsächlich wird auch Lloyd George der Konferenz in Genua beiwohnen, denn er hat in Genua für sich, seine Frau und Tochter bereits die Dauer der Konferenz ein Landhaus mieten lassen.

Hannover, 21. März. (Wieder eine Fabrik durch den Einspruch Rollets gefährdet.) General Rollet beschloß heute das ehemalige Granatanfallwerk Neuß bei Unterzell in der Heide. Nachdem bereits sämt- liche Militärbetriebe infolge des Verfalls der Friedens aufge- geben worden waren, droht nunmehr auch dem Werke Neuß die Vernichtung durch die von der Entente geforderte Beseitigung sämtlicher Gebäude. Die Werke, die seit Been- digung des Krieges im Einverständnis mit der Entente ge- schlossen und auf diese Weise wenigstens einen Teil der durch den Verfall der Vertrag bröckel gewordenen Arbeiter beschäftigten, beschäftigten, in Neuß eine Feldbahn und Werkzeugfabrik, verbunden mit großer Holzbearbeitungs- werkstätte, einzurichten und haben den Betrieb bereits be- gonnen. Mit diesem Unternehmen war der volkswirtschaft- lichen Arbeiterbevölkerung der Gegend sehr geboten. Ob General Rollet sich durch die Befestigung hat davon überzeugen lassen, daß mit den bereits erlassenen Befestigungen der mili- tärischen Einrichtungen dieser Werke, die dem Reiche schon ungeheure Kosten verursacht, den Forderungen des Ver- faller Vertrages genug getan ist, bleibt abzuwarten.

Italien. Rom, 22. März. (Kriegserklärung eines deutschen Kommunisten.) In Rom ist am Montag unter Anwesenheit von 150 Delegierten der zweite Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens eröffnet worden. Der Vertreter der deutschen Kommunisten gab einen eingehenden Ueberblick über die wirtschaftliche und politische Lage der Proletarier in Deutschland, die, wie der Redner betonte, von der Reparations- frage, d. h. vom Verfaller Vertrag beherrscht werden. Die in Cannes beschlossenen Finanzmaßnahmen wirken ausschließlich auf die Arbeiterklasse. Es ist wahrscheinlich, daß in Deutsch- land bald eine neue Periode eines heftigen Kampfes zwischen dem Proletariat und der von Stinnes geführten Bourgeoisie entbrennen werde. Der Großindustrielle Stinnes sei heute beinahe uneingeschränkter Herrscher der Industrie und genieße die Unterstützung der Regierung. Der Vertreter der französischen Kommunisten gab ebenfalls einen Bericht über die Lage. In- folge der vor kurzem erfolgten Spaltung innerhalb der Gewerk- schaften zählt der Allgemeine Arbeiterbund nur noch 60 000 Mitglieder, während die von Kommunisten und Syndikalisten gebildete Partei 40 000 Mitglieder zähle.

Serbien. Belgrad, 21. März. (Die serbische Kauf- mannschaft für rasche Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland.) In vielen Städten Südserbiens wurden Besammlungen der Kaufleute abgehalten, in denen eine Entschliebung angenom- men wurde, die die Handelskammern auffordert, bei der Regierung vorzulegen zu werden, den Handelsvertrag rascher durchzuführen, weil die deutschen Bezugsquellen für Indus- trieartikel sehr gering und die deutschen Spezialleistungen auf technischem Gebiete für Südserbien unentbehrlich und notwendig seien.

Irland. (Neue Sturmzeiten in Irland.) Die An- erkennung der Selbständigkeit Irlands durch England hat in Irland noch lange nicht die Ruhe hergestellt. An der Grenze zwischen Irland und der Grafschaft Ulster kam es zwischen den Truppen des irischen Heeres und den Ulsterleuten zu schweren Kämpfen. Es wurden dabei Befestigungen angelegt und alle Brücken in die Luft gesprengt. Auch ist es in der Stadt Belfast zu neuen Kämpfen gekommen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 21. März. Der Kampf um die neuen Steuern nimmt im Reichs- tage seinen Fortgang. Die Kompromißparteien halten fest zusammen, sodas nur unwesentliche Änderungen an den Auswärtigen Angelegenheiten vorgenommen werden. Die Deut- schen Nationalen versuchen, sachlich mitzuarbeiten, während die Kommunisten durch Demonstrationen anträge die Verhand- lungen in die Länge zu ziehen suchen. Es bleibt immer dasselbe Bild. Es sprechen die Redner der Opposition von